

Helga Trüpel, MdEP

**Digital rights fair trade-
Faire Bezahlung von Künstlern in der digitalen Welt**

11 Thesen

1. Durch die technologische Revolution des Internet hat sich die Kommunikationslandschaft enorm schnell verändert. Die große Maschine des Internets verleibt sich alle Inhalte ein. Das bedeutet ungeheure Potentiale, aber auch neue Herausforderungen und Gefahren.

2. Die Kontentindustrie hat lange neue Business Modelle verschlafen. Tauschbörsen mit Inhalten, für deren Nutzung nicht bezahlt wird, haben sich schnell ausgedehnt. Für viele Verbraucher war es in den letzten Jahren normal, auf viele Informationen, Inhalte, Musik, Filme und Zeitungen kostenlos zugreifen zu können. Gerade unter den Jugendlichen hat sich ein illegales up- und downloaden auf Tauschbörsen durchgesetzt. Dieses filesharing ist vom neuen Urhebergesetz nicht gedeckt, weil es sich nicht um Privatkopien legaler Inhalte handelt, sondern um das Zurverfügungstellen von urhebergeschützten Inhalten, für die nicht mehr gezahlt wird. Das schadet sowohl der Kontentindustrie als auch den Künstlern.

3. Die Internet-affine community begreift das als großen Fortschritt an Freiheit und freien Fluss von Kultur. Sie argumentiert, dass das horizontale Web auch so bleiben müsse, und es keine Überwachung von illegalem downloaden geben solle. Ihre steile These ist, dass geistiges Eigentum im Netz zum Überwachungsstaat führe, da die IP-Adressen überwacht werden müssten, wenn man illegales downloaden verhindern wolle.

Deswegen möchten Piraten und andere Internet-Aktivisten auch das Urheberrecht abschaffen oder zumindest abschwächen. Sie argumentieren, dieses sei nur für die analoge Welt angemessen gewesen, aber nicht für die digitale.

4. Der französische Ansatz, nach zweimaliger Verwarnung den Internetanschluss nach illegalem Herunterladen ohne Richterbeschluss zu kappen, ist ein Eingriff in das GRUNDRECHT auf Informationsfreiheit und daher abzulehnen. Aber es gibt auch kein Grundrecht auf illegales downloaden. Es ist nicht alles erlaubt und auch nicht wünschenswert, was technisch machbar ist. Es gibt ja auch Geschwindigkeitsbegrenzungen, auch wenn die Technologie viel schnelleres Fahren hergibt.

5. Der Ansatz der Piratenpartei, nur die Nutzerinteressen zu sehen, ist aus meiner Sicht ein falscher Ansatz, weil er die Interessen der Produzenten von kreativen Inhalten nicht berücksichtigt. Es geht aber, gerade in der Wissensgesellschaft, um eine Besserstellung und Besserbezahlung von Produzenten kreativer Inhalte. Unsere Wissensgesellschaft basiert nicht nur auf dem digitalen Markt und der digitalen Infrastruktur, der immer schnelleren Verbreitung von digitalen Daten, sondern ganz wesentlich auf neuen kreativen Inhalten. Ohne neue Inhalte gibt es auch keine Wissensgesellschaft und keine (neue) kulturelle Vielfalt. Die UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt verlangt von allen politischen Regulierungen dem Sorge zu tragen und alle Politiken an diesem Ziel auszurichten.

6. Deswegen brauchen wir neue Business Modelle, die Inhalte zu fairen Preisen anbieten, was die Kontentindustrie lange verschlafen hat. Die Zeit ist reif für „digital rights fair trade“. Basierend auf diesen Modellen, müssen neue Plattformen angeboten werden, die den Ausgleich zwischen den Nutzerinteressen auf einfachen Zugang und den Künstlerinteressen auf faire und angemessene Bezahlung sicherstellen. Aber die Marktanpassung ist nicht die einzige, dringende Aufgabe.

7. In den neuen Business Modellen soll sich die Kontentindustrie verpflichten, alle Inhalte im Internet legal zur Verfügung zu stellen. Das heißt, dass der Verbraucher auf neu geschaffenen Plattformen, Inhalte, sei es Musik, Filme, e-books, usw. legal zu fairen Preisen erwerben kann. Um keine Verbraucher von der kulturellen Vielfalt im Internet auszuschließen, muss es auch subventionierte Plattformen für sozial Schwache geben. Es muss sichergestellt werden, dass Künstler für ihre Arbeit entlohnt werden, und dass jeder Verbraucher einen Zugang zu kulturellen Gütern im Internet hat.

8. Wenn man Produzenten mehr an der Verwertung ihrer Werke beteiligen will, muss auf EU- Ebene politisch ein neues Vertragsrecht geschaffen werden, das den buy-out-Verträgen für Künstler ein Ende macht und nicht nur den Verwertern entgegenkommt, sondern endlich die Künstler angemessen beteiligt.

9. Gerätehersteller wie Apple, Unternehmen wie Amazon und Internetserviceprovider verdienen Rekordsummen, ohne diejenigen, die die Inhalte schaffen, angemessen zu beteiligen. Das muss ein Ende haben. Deswegen muss politisch reguliert werden, dass diese Unternehmen gezwungen werden, die Kreativen, von deren Inhalte sie leben, fair zu bezahlen.

10. Eine gesetzlich geregelte Kulturflatrate, wie sie von Grünen und SPD debattiert wird, hat noch viele ungelöste Probleme. Aus meiner Sicht ist klar, es kann nicht nur eine Flatrate für alle Branchen geben, sondern, wenn es zu Flatrate Modellen kommen sollte, dann für einzelne Branchen wie Musik, Film, Literatur, bildende Kunst. Es müssen Datenpakete zum Verkauf angeboten werden, so wie jetzt bei Handy Verträgen auch schon. Das spricht eher für freiwillige Flatrates verschiedener Plattformanbieter als für eine gesetzliche.

11. Es geht kein gerechter Weg an angemessener Vergütung der Autoren und Künstler vorbei, wenn es in der Gesellschaft einen Solidargedanken mit den Produzenten von kreativen Inhalten geben soll. Die "Geiz ist geil" Mentalität und die Vorstellung, Inhalte unbezahlt bekommen zu wollen, ist Ausdruck des Mangels an Wertschätzung für harte, künstlerische Arbeit. Jeder, der sein Werke unentgeltlich ins Netz stellen will, kann das tun, oder mit creative commons arbeiten. Aber die Grundidee, dass geistiges Eigentum vergütet und geschützt werden muss, ist richtig. Die gilt es zu verteidigen. Es geht um einen fairen Ausgleich zwischen Verbraucher- und Künstlerinteressen. Diesen Schritt muss die europäische Politik jetzt machen.